

Kundgebung der deutschen Sozialdemokraten Mährens.

Am Freitag den 17. d. tagte in Brünn eine Sitzung der Vertrauensmänner der deutschen Sozialdemokraten Mährens. Der Inhalt der Beratung war die Frage der politischen Neugestaltung Oesterreichs nach dem Kriege und die Frage der nationalen Autonomie. An der Besprechung nahmen auch die Abgeordneten Dr. Kenner und Seiz teil. Nach eingehender Beratung wurde folgende Entscheidung gefaßt:

Tiefe Wunden schlägt der Krieg der Volkswirtschaft und dem Volkskörper des Landes, jedermann hat teil an den Opfern. Aber während die Bourgeoisie und die Agrarier immerhin an den Gewinnen der Kriegskonjunktur teilhaben, fällt auf die Arbeiterklasse die ganze Wucht des Mangels und der Teuerung. Das Proletariat Mährens trägt das Furchtbare mit Fassung, erwartet jedoch den wirksamen Schutz des Staates gegen jedes unnötige Uebermaß der Leiden im Kriege und es erwartet, daß nach dem Kriege der Staat mit voller und gesammelter Tatkraft vor allem die Volks-

wirtschaft wiederherstelle und die drohende Massennot banne. Er kann das nur, indem er seine ganze Macht einsetzt und die wirtschaftliche und soziale Verwaltung und die kläglichen staatsrechtlichen und nationalen Wirren überwindet, unter denen wir durch Jahrzehnte gelitten haben.

Der Tod oder die Invalidität so vieler Familienernährer, die Unterernährung der Frauen und Kinder, die um sich greifenden Volkskrankheiten, die erhöhte Kindersterblichkeit stellen der Volksgesamtheit solche Aufgaben, daß uns die Fortführung der alten Misere undenkbar, ja als ein Verbrechen an den für ihr Land und Volk Gefallenen wie an den Ueberlebenden erscheint. Der unfruchtbaren und verhängnisvollen Politik der Zeit vor dem Kriege muß ein Ende gesetzt sein und bleiben.

Ohne durchgreifende Verfassungs- und Verwaltungsreform vermag der Staat die neuen Aufgaben nicht zu bewältigen, das Volk die neuen Lasten nicht zu tragen!

Wie im Kriege, so wird im Frieden die ganze, vorbehaltlose Mitarbeit des Proletariats unerlässlich sein. Die deutsche Sozialdemokratie Mährens besteht darum mit verdoppeltem Nachdruck darauf, daß endlich die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der arbeitenden Klasse zur Wahrheit, daß sie zur Grundlage der politischen Erneuerung Oesterreichs werde.

Die Arbeiterschaft Mährens ist durch die Ausgleichspakten des Jahres 1905 in unerhörter Weise entrechtet worden. Der Ausgleich, der damals zwischen der deutschen und der tschechischen Bourgeoisie geschlossen wurde, beraubte das Proletariat des Landes seiner Rechte und des ihm gebührenden Einflusses auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Landes, unter der Vorwiegung, das geschehe um des nationalen Friedens, um der Arbeitsfähigkeit des Landtages, um der Verfassungsmäßigkeit im Lande willen. Das Opfer ist umsonst gebracht. Wir haben lange genug zugewartet — die Frucht jenes Ausgleichs ist bloß die Verschärfung der alten Uebel.

Auch dieser Landtag ist der schleichenden Obstruktion, der kleinlichen Intrigue, der wirtschaftlichen und sozialen Unfruchtbarkeit verfallen. An Stelle einer rüstig arbeitenden Volksvertretung, einer fürsorglichen und sozialen Mitverwaltung durch das Volk ist ein permanenter national-politischer Ausschuh, ja ein bloßes „Kenner-Comité“ aus seiner Mitte getreten, ein Geheimkonventikel, das die nationale Selbstregierung in ihr Gegenteil verkehrt.

Der letzte Pakt vom März 1914 beweist das sonnenklar: Mit den erhöhten Steuern der Staatsbürger hat ein Teil vom anderen einen Schlüssel für Subventionen und Lieferungen erkaufte; weil man sich über das Schulwesen nicht einigen konnte, ist man dahin übereingekommen, daß jeder den anderen im Schulbau hemme. Zur völligen Lahmlegung aller Initiative hat die „Erungenschaft“ geführt, daß nur Dinge auf die Tagesordnung gesetzt werden können, gegen die von der Gegenseite kein Einspruch erhoben wird.

Der gepriesene Ausgleich mündet also auf Grund der Märzpakete dahin aus, daß jeder unter dem veto des anderen und die ganze Autonomie auf dem toten Punkt steht. So hat sich auch in diesem Musterländchen die Kronlandsautonomie selbst ad absurdum geführt.

Wie soll ein solcher Verwaltungskörper die dringenden Aufgaben des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft und der Erneuerung unseres Volkskörpers vollziehen? Das Proletariat, aber auch Bürger und Landwirte können nicht warten, bis die organisierte gegenseitige Intrigue, die sich heute Landesverfassung nennt, einmal ein winziges Ergebnis zeitigt. Das Volk hat nicht die Zeit, nicht das Geld, nicht die Möglichkeit mehr, ein solches Spiel zu ertragen.

Die deutsche Sozialdemokratie Mährens sieht den rettenden Ausweg ebenso wie die deutschböhmische Landesparteivertretung in einer allgemeinen Kreisordnung für ganz Oesterreich, in Kreisen als den Trägern einer demokratischen Lokalverwaltung, die in erster Linie den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen des Volkes dient. Wir bekräftigen den Beschluß unserer deutschböhmischen Genossen: Ohne Kreisordnung im Sinne des Kremstierer Entwurfes und unseres Brünnener Nationalprogramms kein Ausweg aus den Wirren einer trostlosen Vergangenheit!

Wir erneuern die Beschlüsse des achten Landesparteitages der deutschen Sozialdemokratie in Mähren vom 6., 7. und 8. Dezember 1913 und verlangen:

I. Die Reform der Landesverwaltung kann nur vollzogen werden im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform für den ganzen Staat, nur durch eine Reichskreisordnung, die auf die geschichtliche Kreiserteilung zurückgeht, im Kreise die landesfürstliche und autonome Verwaltung vereinheitlicht und auf demokratischen Kreisvertretungen aufgebaut ist.

II. Längst schon ist eine allgemeine Steuerreform in Oesterreich fällig. Die Sanierung der Landesfinanzen war ein Fehlgriff und ein Schlag ins Wasser, die Gemeindefinanzen sind in voller Zerrüttung. Eine Kommunalsteuerreform, wie sie in Preußen vor mehr als zwei Jahrzehnten vollzogen wurde, ist unerlässlich und unaufschiebbar, sie muß den nationalen Verhältnissen Rechnung tragen und die materiellen Grundlagen für die nationale Autonomie schaffen.

III. Bei der Schaffung der Kreisordnung sind die Kreise national abzugrenzen und, wo dies nicht möglich ist, in der Weise zu organisieren, daß die Angehörigen je einer Nation einen besonderen Verwaltungskörper mit eigener juristischer Persönlichkeit und Steuerhoheit bilden, der die national-kulturellen, humanitären und sozialen Aufgaben seiner Nation vollständig autonom erfüllt. Angelegenheiten, die nur von beiden Nationen und für sie gemeinsam erlebigt werden können, sind durch gemeinsame Verwaltungseinrichtungen des Kreises durchzuführen.

Nach diesen Grundlügen soll und muß die Verwaltung neu aufgebaut werden. Wir protestieren gegen den sogenannten Ausgleich vom Jahre 1905, der das Recht nationaler Selbstverwaltung preisgegeben hat, um der Arbeiterklasse das allgemeine Stimmrecht vorzuenthalten. Wir protestieren gegen den Pakt vom März 1914, der die nationale Selbstregierung ersetzt hat durch die gegenseitige Hemmung und Ohnmacht beider Nationen. Wir protestieren gegen die bewußte und systematische Ausschaltung der deutschen Arbeiterklasse von dem gebührenden Einfluß auf die Verwaltung des Landes. Die deutsche Arbeiterklasse entbehrt jeder wirksamen sozialen Fürsorgeverwaltung und hat aufgehört, eine solche von der Kronlandsautonomie zu erwarten.

Nach dem ersten Schritt, der Parlamentsreform, ist die Reform der Verwaltung der notwendige zweite Schritt zur Befreiung Oesterreichs. Er muß getan werden, wenn die Demokratie und die nationale Autonomie in Oesterreich zur Wahrheit werden, wenn eine soziale Verwaltung, eine wirksame Fürsorge für die Kriegsoffer, eine kräftige Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens möglich sein soll.

Deutsche Arbeiter Mährens! Wir rufen euch die ruhmreichen Wahlreformkämpfe in Erinnerung! Eure Pflicht ist es, mit gleich zäher Tatkraft den Kampf um die Demokratisierung der Verwaltung aufzunehmen.